Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2709

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

145. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 11. November 1964

146. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 13. November 1964

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Bühler**

Ist die Bundesregierung bereit, für die Deutsche Schule in Washington ein eigenes Gebäude zu errichten, nachdem sehr viele Aufnahmegesuche dort nicht berücksichtigt werden konnten, weil die angemietete Schule nicht genügend Platz bietet?

I. 2. Abgeordneter **Bühler**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Ausstellung von Bildern alter deutscher Meister in den Vereinigten Staaten anzuregen und dafür die nötigen Beihilfen zur Verfügung zu stellen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

II. 1. Abgeordneter **Dr. Schäfer**

Liegt es im Sinne und geschieht es mit Billigung der Bundesregierung, daß der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Staatssekretär von Eckardt, die durch sein Amt gebotene und gerade im Hinblick auf die exponierte Lage Berlins besonders streng zu wahrende parteipolitische Neutralität zugunsten einer öffentlichen diffamierenden Polemik gegen eine Partei aufgibt, die in Berlin die Regierungsverantwortung trägt?

II. 2. Abgeordneter **Fritsch**

Ist die Bundesregierung bereit, den Zuschuß an Bundesbedienstete zur Gemeinschaftsverpflegung in Höhe von bisher 0,60 DM arbeitstäglich angemessen anzuheben?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

III. 1. Abgeordneter **Reichmann**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung der Unterschiedlichkeit in der Rechtsprechung bei Verkehrsunfällen, indem Führerscheine schon bei 1,5 Promille entzogen werden, in anderen Fällen die Führerscheine noch bei 3,12 Promille belassen bleiben?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 2. Abgeordneter **Reichmann**

Hält es die Bundesregierung für geboten, daß bei Personen, deren Organismus auf Alkohol sehr schnell reagiert, ein besonders strenger Maßstab anzulegen ist, und daß nicht umgekehrt verfahren und entschieden wird?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

Abgeordneter **Weigl**

Ist der Verbraucher nach den heute geltenden gesetzlichen Vorschriften vor dem Verkauf ungenießbarer Fleisch- und Wurstwaren ausreichend geschützt, oder sollte nicht Tierärzten und Tierbeschauern die Anwendung von Methylenblau vorgeschrieben werden, um Lebensmittelskandale wie im Falle Kemnath (Stadt) gänzlich ausschließen zu können?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers — Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates

Abgeordneter **Hammersen**

Teilt die Bundesregierung die kürzlich von einem bekannten Militärtheoretiker vertretene Auffassung, daß alle Energien, die für die Militärpolitik aufgewandt werden, „so zu lenken" seien, „daß sie dem militärischen Instrument zugute kommen", da im Atomzeitalter „jede Hoffnung auf Schutz der Zivilbevölkerung zu einer Illusion zusammenschrumpfen" müsse und daher „eine Militärpolitik, welche auf starken Divisionen beharrt, besser ist als eine Sicherheitspolitik, bei der außerordentliche Summen für einen fiktiven Bevölkerungsschutz ausgegeben" würden (Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3. November 1964)?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1. Abgeordneter **Unertl**

Wann ist mit dem Bericht über die Prüfung der Wettbewerbssituation in der Spirituosenindustrie zu rechnen, den die Bundesregierung laut Bundestagsbeschluß vom 26. Juni d. J. bis zum 31. Oktober d. J. vorzulegen hatte?

VI. 2. Abgeordneter **Unertl**

Welche Vorschläge sind zu erwarten für den Fall, daß bei der in Frage VI/1 genannten Prüfung tatsächlich eine bisher nicht beabsichtigte Verzerrung des Wettbewerbs festgestellt werden konnte?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Wie beurteilt die Bundesregierung den von der Industrie- und Handelskammer Flensburg gemachten Vorschlag, das Zollfreikontingent für deutsche Touristen auf die in der New Yorker Konvention von 1954 vorgesehene Höhe von 50 Dollar (rd. 200 DM) zu bringen?

VI. 4. Abgeordneter **Drachsler**

Ist es der Bundesregierung möglich, durch eine Dienstanweisung anzuordnen, daß die Wild- und Jagdstörung durch den Zolldienst auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird?

VI. 5. Abgeordneter **Drachsler**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß Forstleute und Jäger Klage darüber führen, daß Zollbeamte oft aus Zeitvertreib bei ihren Dienstgängen Fütterungen, Einstände und Hauptäsungsplätze des Wildes zur Dämmerungs- und Nachtzeit anlaufen?

VI. 6. Abgeordneter **Drachsler**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß solche in Frage VI/5 bezeichneten Jagdstörungen unterbunden werden, wenn nicht dienstliche Gründe sie rechtfertigen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der durch die 15%ige Erhöhung der Einfuhrzölle seitens Großbritanniens auch für die Textilindustrie in der Bundesregierung entstandenen neuen Lage Überlegungen bezüglich eines verstärkten Schutzes der gefährdeten Bereiche der Textilindustrie im Rahmen der im EWG-Vertrag vorgesehenen Möglichkeiten anzustellen, die über die Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums in der Fragestunde vom 16. Oktober d. J. hinausgehen?

VII. 2. Abgeordneter **Seibert**

Teilt die Bundesregierung nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit die Auffassung, daß eine Beseitigung der Preisbindung der zweiten Hand oder zumindest die branchenweise Festsetzung maximaler Handelsspannen zu einer Verbilligung der Lebenshaltung der Verbraucher führen wird?

VII. 3. Abgeordneter **Seibert**

Ist die Bundesregierung ebenfalls der Meinung, daß die nach einer Entscheidung des Bundeskartellamtes mit Wirkung vom 16. August 1964 aufgehobene Waschmittelpreisbindung, deren Einführung zu Beginn dieses Jahres Preiserhöhungen bis zu 30% je Kilogramm Waschpulver bedingte, eine mißbräuchliche Preisfestsetzung darstellte?

VII. 4. Abgeordneter **Seibert**

Wird die Bundesregierung angesichts des Fehlens einer Preisbindung in Frankreich, der beabsichtigten Beschränkung der Preisbindung in Belgien und des Verbots kollektiver Preisbindungen in den Niederlanden im Interesse der wirtschaftlichen Integration Schritte unternehmen, um auch in der Bundesrepublik eine Regelung vorzubereiten, welche eine spätere Angleichung der wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen über die Preisbindung erleichtern würde?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII. 1. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**

Trifft es zu, daß der Deutsche Ausschuß für den Kampf gegen den Hunger zwar gegründet wurde, aber weder die organisatorische Durchführung seiner Arbeit finanziell gesichert ist, noch ein nennenswerter Betrag der FAO bisher zur Verfügung gestellt werden konnte?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Ist die Bundesregierung bereit, alsbald der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die deutsche Landwirtschaft bei der gegenwärtigen Verfassung des Lebensmittelmarktes in der Bundesrepublik dem aus den EWG-Ländern zu erwartenden, straff organisierten Wettbewerb nicht gewachsen sein wird, und wird sie noch bis zum Ablauf dieses Jahres die für eine Verbesserung der Absatzverhältnisse erforderlichen gesetzlichen Grundlagen vorlegen?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der vom Deutschen Bauernverband allen Fraktionen des Deutschen Bundestages zugeleitete Vorschlag für ein Gesetz zur Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Erfordernisse des Marktes (Marktstrukturgesetz) eine geeignete Verhandlungsgrundlage sein könnte?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung ähnlicher Einrichtungen in EWG-Ländern einen auf die deutschen Verhältnisse abgestellten Gesetzentwurf zur Errichtung eines Marktausgleich-Fonds (Stabilisierung der Preise der Grundnahrungsmittel auf einem den Kosten in der Erzeugung und der Kaufkraft der Verbraucher angemessenen Stand) vorlegen?

VIII. 5. Abgeordneter **Unertl**

Ist dem Herrn Bundesernährungminister bekannt, daß die in den unteren Verwaltungsbehörden zuständigen Veterinärbeamten in den jeweiligen Telefonbüchern nur mit äußerster Schwierigkeit aufzufinden sind, da sie als Regierungsveterinärrat, Kreistierarzt, Amtstierarzt, Bezirkstierarzt oder nur mit ihrem Namen dort verzeichnet sind?

VIII. 6. Abgeordneter **Dröscher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei Gewährung von Bundeszuschüssen für wasserwirtschaftliche oder sonstige Förderungsmaßnahmen des Grünen Plans aufgrund der Finanzierungsrichtlinien des Bundes die Planungskosten (Kosten für die Erstellung der Entwurfsunterlagen) als nicht beihilfefähig an den Bundeszuschüssen abgesetzt werden, wenn die Planunterlagen von einem öffentlich Bediensteten in einer Planstelle erstellt wurden,

während dies nicht geschieht, wenn entweder ein Privatunternehmer oder ein öffentlich Bediensteter ohne Planstelle die Entwürfe erstellt hat?

VIII. 7. Abgeordneter **Dröscher**

Hält die Bundesregierung eine solche Regelung — wie sie in Frage VIII/6 aufgezeigt ist — für richtig, insbesondere auch dann, wenn sich z. B. eine Gemeinde, die über eigenes Fachpersonal nicht verfügt, wegen Erstellung von Planunterlagen an das zuständige Landratsamt wendet, dieses die Entwürfe für die Gemeinde gegen Bezahlung erstellt und dabei zufällig einen Bediensteten in einer Planstelle damit beauftragt?

VIII. 8. Abgeordneter **Freiherr zu Guttenberg**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der vor langen Jahren gefaßte Beschluß, die Bundesanstalt für Fleischforschung aus dem Zonenrandgebiet von Kulmbach nach München zu verlegen, aufrechterhalten werden kann, obwohl sowohl Mitglieder des Kabinetts als auch der Bundespräsident in den letzten Monaten mit besonderer Dringlichkeit darauf verwiesen haben, daß das Zonenrandgebiet besonderer Förderung bedarf?

VIII. 9. Abgeordneter **Freiherr zu Guttenberg**

Ist der Beschluß der Bundesregierung, die Bundesanstalt für Fleischforschung von Kulmbach nach München zu verlegen, mit den augenblicklich in dieser Anstalt amtierenden Wissenschaftlern abgestimmt und sind auch diese der Meinung, daß die Anstalt verlegt werden soll?

VIII. 10. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Sterilisierung von männlichen schädlichen Insekten mit Hilfe von radioaktiver Strahlung, die keinerlei andere Lebewesen schädigt — im Gegensatz zu chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln —, in den Vereinigten Staaten gewisse Schadinsekten praktisch ausgerottet worden sind und daß dieses Verfahren sich als außerordentlich kostensparend erwiesen hat?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IX. 1. Abgeordneter **Kaffka**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in verschiedenen Standorten der Bundeswehr die Soldaten mit eigenen Mitteln Kasernenstuben tapezieren lassen müssen, um sie dadurch in einen menschenwürdigen Zustand zu versetzen?

IX. 2. Abgeordneter **Kaffka**

Wie viele Sanitätsoffiziere fehlen der Bundeswehr?

IX.	3. Abgeordneter **Kaffka**	Was hat das Bundesverteidigungsministerium bisher unternommen, um den Mangel an Sanitätsoffizieren zu beheben?
IX.	4. Abgeordneter **Folger**	Wie ist es zu erklären, daß das Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung seit 1959 „vorläufig" in Siegburg in Unterkünften einquartiert ist, die primitiv, unhygienisch und unzureichend sind?
IX.	5. Abgeordneter **Folger**	Ist der Herr Bundesverteidigungsminister bereit, sich von den Zuständen bei seinem Wachbataillon demnächst in Siegburg persönlich zu überzeugen?
IX.	6. Abgeordneter **Folger**	Wann wird die Bundesregierung die teilweise menschenunwürdigen Zustände beim Wachbataillon, das ständig exzellent repräsentieren muß, verbessern?
IX.	7. Abgeordneter **Felder**	Haben nunmehr alle Truppenärzte, die zugleich Standortärzte sind, eine geeignete Schreibkraft zur Verfügung?
IX.	8. Abgeordneter **Felder**	Teilt das Bundesverteidigungsministerium die Meinung der Truppenärzte, daß jeder über 600 Mann umfassende Sanitätsbereich über eine Schreibkraft verfügen müßte, die neben einer entsprechenden Allgemeinbildung ausreichende Kenntnisse in Stenografie und Maschinenschrift aufweist?
IX.	9. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Ist die Darstellung, welche die Zeitschrift „Pardon" in der September-Nummer 1964, S. 30 bis 33, über die Verfahren bei gewissen Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer gegeben hat, im wesentlichen richtig?
IX.	10. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Hält die Bundesregierung die in „Pardon" geschilderten Prüfungsmethoden für vertretbar und mit dem Sinn der Grundgesetzbestimmung vereinbar, welche das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gewährleistet?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X.	1. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**	Beabsichtigt die Bundesregierung, auch weiterhin den auf Westberliner Gebiet gelegenen Teil der Bundesautobahnen für die Abhaltung von Rennen zur Verfügung zu stellen, obwohl es sich um eine lebenswichtige Ausfallstraße handelt, deren Sperrung an zahlreichen Tagen im Jahre jedesmal zu einer schwerwiegenden Verschlechterung der Verkehrsmöglichkeiten führt?

X. 2. Abgeordneter **Hammersen**

Welche Schritte hat der Herr Bundesverkehrsminister unternommen, um Vorsorge gegen eine Wiederholung der Schäden zu treffen, die im August und September 1964 an der Mainschleuse in Kostheim eingetreten sind?

X. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Deutsche Bundesbahn mit der Berechnung von Standgeldern für am Samstag und Sonntag nicht zur Entladung kommende Waggons sich in einen gewissen Widerspruch zu den tariflich festgelegten Arbeitszeiten in der verladenden Wirtschaft begibt?

X. 4. Abgeordneter **Dr. Hellige**

Warum beabsichtigt die Bundesregierung das Bundesbahnausbesserungswerk in Göttingen zu schließen?

X. 5. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Treffen Pressemeldungen zu, wonach von Busfahrern privater Unternehmen eine Sehleistung von mindestens 100% auf dem einen und 80% auf dem anderen Auge gefordert werde, die Deutsche Bundesbahn dagegen sich bei ihren Busfahrern mit einer Sehleistung von 70% und 50%, bei dem zweijährlichen Kontrolltest sogar mit einer Sehleistung von nur 30% und 20% begnüge?

X. 6. Abgeordneter **Dr. Althammer**

Hat die gesetzlich zuständige Instanz der Bundesbahnverwaltung einen Beschluß gefaßt, die Bundesbahndirektion Augsburg aufzuheben?

X. 7. Abgeordneter **Dr. Althammer**

Ist jemals offiziell eine Gesamtberechnung der Kosten für eine Auflösung der Bundesbahndirektion Augsburg unter Einschluß aller Nebenkosten, wie zum Beispiel für die Verlagerung der Ämter und Versetzung der Beamten, erstellt worden?

X. 8. Abgeordneter **Dr. Althammer**

Wird das Bundesverkehrsministerium darauf hinwirken, daß bei allen Überlegungen zur Umorganisation der Deutschen Bundesbahn in Bayern raumordnerische Gesichtspunkte zur Entballung des Raumes München eine vorrangige Bedeutung erhalten?

X. 9. Abgeordneter **Dr. Frede**

Wie lassen sich die durch die Besuche des Bundespräsidenten, des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen und des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen erweckten Hoffnungen auf Stärkung der Wirtschaftskraft des Zonenrandgebietes mit dem systematischen Abbau der Kapazität des Bundesbahnausbesserungswerkes Göttingen vereinbaren?

X. 10. Abgeordneter **Strohmayr**

Trifft es zu, daß junge Fahrlehrer der Klasse III, auch wenn keine besonderen technischen Vorkenntnisse vorhanden sind, bereits nach einem Jahr Fahrlehrerpraxis eine „Fachschule für Fahrlehrer" eröffnen können?

X. 11. Abgeordneter **Strohmayr**

Hat die Bundesregierung die Absicht, Vorschriften über die Ausbildung von Fahrlehrern zu erlassen?

X. 12. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Vorstand der Deutschen Bundesbahn in seinem Bericht — Drucksache IV/2661 — auch an die Auflösung der Bundesbahndirektion Augsburg denkt, obwohl die zur Auflösung vorgeschlagenen Direktionsbezirke lediglich mit je zehn Punkten angedeutet worden sind?

X. 13. Abgeordneter **Josten**

Welche Pläne hat die Bundesregierung nach dem neuesten Stand zur Errichtung einer Rheinbrücke zwischen Andernach—Neuwied?

X. 14. Abgeordneter **Weigl**

Sind die Verhandlungen zwischen dem Bundesverkehrs- und dem Bundesverteidigungsministerium betreffend den Ausbau eines Teilabschnitts der Staatsstraße 2166 zur Bundesstraße 470 bereits abgeschlossen?

X. 15. Abgeordneter **Sander**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die B 83, die als Umgehungsstraße an den Ortschaften Kemnade und Bodenwerder vorbeiführt, keine kreuzungsfreien Abfahrten zu den betreffenden Ortschaften hat?

X. 16. Abgeordneter **Sander**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Inbetriebnahme der Umgehungsstraße auf der B 83 — Abzweigung Kemnade-Bodenwerder — schwerste Bedenken erhoben wurden und auf die in Frage X/15 aufgezeigten Gefahrenmomente hingewiesen worden ist?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundespostministers, daß die Erhebung einer Pauschale von 90 DM für die Verlegung oder Ummeldung bzw. die Neuanlage eines Fernsprechanschlusses ohne Offenlegung der tatsächlichen Anschlußkosten keine Ausnützung der Monopolstellung der Deutschen Bundespost darstellt?

XI. 2. Abgeordneter **Hammersen**

Wann wird die Deutsche Bundespost den Ortstarif im Fernsprechverkehr zwischen den Städten Wiesbaden und Mainz einführen?

XI. 3. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Aus welchen Gründen hält der Herr Bundespostminister es für zweckmäßig, daß laut seiner Anweisung an die Oberpostdirektionen vom 15. Oktober 1964 die Rufnummern der niedergelassenen Ärzte in den Amtlichen Fernsprechbüchern unter dem Stichwort „Ärzte" oder unter dem Familiennamen oder gleichzeitig an beiden Stellen abgedruckt werden sollen?

XI. 4. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Hält der Herr Bundespostminister es für richtig, diese in Frage XI/3 bezeichnete Angelegenheit, bevor sie im federführenden Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und im Plenum des Deutschen Bundestages abschließend behandelt wurde, in dieser Form vorab zu regeln?

XI. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß in den unmittelbar an die Bundesrepublik angrenzenden Ländern die Rundfunksendungen unserer Sendeanstalten nicht oder nur ungenügend zu hören sind, während diejenigen des ostzonalen Deutschlandsenders in einwandfreier akustischer Qualität durchdringen?

XI. 6. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß es für die Meinungsbildung bei unseren nächsten Nachbarn unerläßlich ist, ihnen auch unsererseits die Möglichkeit der Unterrichtung über unsere Sendeanstalten zu bieten?

XI. 7. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den derzeitigen in Frage XI/5 geschilderten unbefriedigenden Zustand zu beheben?

XI. 8. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Herr Bundespostminister bereit, den Käufern von Jugendmarken auf deren Wunsch Spendenquittungen über die Zuschlagsbeträge auszustellen, wie es bei dem Kauf von Wohlfahrtsmarken bei den freien Wohlfahrtsverbänden möglich ist?

XI. 9. Abgeordneter **Dröscher**

Ist der Herr Bundespostminister bereit, auf die Oberpostdirektion Koblenz einzuwirken mit dem Ziel, daß die seit 1926 von der Stadt Bad Kreuznach und von der dortigen Kurverwaltung geforderte Postnebenstelle im Kurbezirk, die angesichts der wachsenden Ausdehnung der Stadt und der überregionalen Bedeutung des Bades immer dringlicher benötigt wird, eingerichtet wird?

XI. 10. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den Fernsprechbuchverlagen darauf hinzuwirken, daß sie zu allen Ortsangaben auf dem Kopf der Seiten der Fernsprechbücher und bei den Ortsüberschriften des laufenden Verzeichnisses die Postleitzahlen mit eindrucken?

XI. 11. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß in den Fernsprechbüchern die Vorwählnummern in einem grauen Überdruck quer über den Seiten der Ortsverzeichnisse erscheinen?

Bonn, den 6. November 1964